



**Geschäftsführung  
Jugendhilfeausschuss**

Frau Fischbach

Telefon: (0221) 221-24954

Fax: (0221) 221-25446

E-Mail: [anna.fischbach@stadt-koeln.de](mailto:anna.fischbach@stadt-koeln.de)

Datum: 21.12.2011

**Niederschrift**

über die **Sitzung des Jugendhilfeausschusses** in der Wahlperiode 2009/2014 am Dienstag, dem 13.12.2011, 14:25 Uhr bis 17:45 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Ratssaal

**Anwesend waren:**

**Vorsitzender**

Herr Dr. Ralf Heinen SPD

**Stimmberechtigte Mitglieder**

Frau Gonca Mucuk	SPD
Herr Frank Schneider	SPD
Herr Niklas Kienitz	CDU
Herr Dr. Nils Helge Schlieben	CDU
Frau Kirsten Jahn	GRÜNE
Frau Gabriele Schlitt	GRÜNE
Frau Sylvia Laufenberg	FDP
Frau Gisela Stahlhofen	DIE LINKE.
Frau Renate Blum-Maurice	Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband
Frau Monika Kleine	Sozialdienst katholischer Frauen
Herr Peter Krücker	auf Vorschlag der CDU
Frau Anja Ritzen	SJD Die Falken
Frau Ulrike Volland-Dörmann	Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Köln e.V.
Frau Erika Weber	Sportjugend Köln

**Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder**

Herr Daniel Nott	FDP
Herr Stephan Otten	SJD Die Falken
Herr Wolfgang Scheiblich	Sozialdienst katholischer Männer

**Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 12 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen**

Frau Anna Salis Pro Köln  
Herr Jörg Uckermann Pro Köln

**Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme**

Herr Hans-Josef Bauer CDU  
Herr Armin Dappen GRÜNE  
Herr Biber Happe (FDP) auf Vorschlag der Grünen  
Herr Volker Lemken auf Vorschlag der CDU  
Herr Oswald Pannes auf Vorschlag der Linken  
Herr Paul Spörl (FDP) auf Vorschlag der Grünen  
Frau Lieselotte Sturch GRÜNE

**Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung**

Herr Ibrahim Turhan auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft  
Behindertenpolitik

**Vertreter von Trägern der freien Jugendhilfe**

Herr Ulrich Bergmann Dt. Paritätischer Wohlfahrtsverband  
Frau Helga Blümel Diakonisches Werk Köln und Region.  
Frau Ruth Differdange Kath. Familienbildungswerk e.V.  
Herr Konrad Gilges AK für das ausländische Kind e.V.  
Frau Karin Grevelhörster Zentrum für Frühbehandlung und Frühförderung  
e.V.  
Frau Almut Gross Jugendhilfe Köln e.V.  
Herr Andreas Hildebrand Kath. Jugendwerke e.V.  
Herr Christoph Horstkotte-Löffelholz Kölner Spielewerkstatt e.V.  
Frau Christiane Lehmann Handwerkerinnenhaus Köln e.V.  
Frau Frauke Mahr Mädchenhaus Köln e.V.  
Herr Tim Mertens Kölner Jugendring e.V.  
Frau Katrin Reher Evangelische Jugend  
Herr Marc Ruda Deutsches Rotes Kreuz  
Herr Jochen Sander-von der Meden Netzwerk e.V. - Soziale Dienste und  
Ökologische Bildung  
Herr Uwe Schäfer-Remmele Theaterpädagogisches Zentrum e.V.  
Herr Wolfgang Schmidt Diakonie Michaelshoven

Herr Fabian Stettes	Kath. Jugendwerk e.V.
Frau Regine Walter	Progressiver Eltern- und Erzieherverband e.V.
Herr Bernd Will	Arbeitsgemeinschaft "Offene Tür"
Herr Wolfgang Wirtz	Evangelische Familienbildungsstätte
Herr Dr. Wolfgang Zschke	Jugendhilfe und Schule e.V.

### **Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung**

Frau Lyudmyla Beysorina auf Vorschlag des Integrationsrates

### **Verwaltung**

Frau Beigeordnete Dr. Agnes Klein  
Frau Carolin Krause

### **Mitglieder mit beratender Stimme**

Frau Dr. Juliane Arnold	Ev. Kirche
Frau Magna Becker	Bezirksregierung Köln als Vertreter der Schulen
Herr Georg Spitzley	Kath. Kirche
Frau Dr. Sabine van Eyck	Vertreterin der Gesundheitsverwaltung
Herr Werner Völker	Ev. Kirche
Herr Wolfgang Wendelmann	Polizeipräsident Köln
Herr Josef Zimmermann	Kath. Kirche

### **Seniorenvertreterinnen und Seniorenvertreter**

Herr Heinrich Spieker Seniorenvertretung

### **Presse**

### **Zuschauer**

### **Entschuldigt fehlen:**

Herr Markus Peters	auf Vorschlag der CDU
Herr Maximilian Klefenz	auf Vorschlag der FDP

Vor Eintritt in die Tagesordnung begrüßt der Ausschussvorsitzende die Ausschussmitglieder, die Presse und die Besucher – darunter Studierende der FH-Köln, Studiengang „Pädagogik der Kindheit und Familienbildung“ mit ihrer Studienbeauftragten, Frau Schnitzler, sowie Auszubildende des „Verbandes der Islamischen Kulturzentren e.V.“ (VIKZ e.V.) mit ihrem Ausbilder, Herr Calisir.

Herr Dr. Heinen bittet, die Tagesordnungspunkte 2.6, 3.12 und 3.13 wegen Sachzusammenhangs (Thema: Spielplätze) zusammen zu beraten.

Zu Tagesordnungspunkt 3.12 (4624/2011 - Fertiggestellte Maßnahmen bis November 2011) teilt er mit, dass es sich um fertiggestellte Maßnahmen im Bereich der Spielplätze handelt.

Bezüglich Tagesordnungspunkt 6.3 (4475/2011 - Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII und Trägerwechsel zum 01.01.2012) macht Herr Dr. Heinen darauf aufmerksam, dass Herr Haas vom "anyway e.V." der Verwaltung am 08.12.2011 den aktuellen Auszug aus dem Vereinsregister des Amtsgerichts Köln übersandt hat. Der "anyway e.V." hat einen neuen Vorstand gewählt. In der Beschlussvorlage ist noch der Gründungsvorstand aufgeführt.

Die neuen Vorstandsmitglieder sind:

- Frau Friederike Ernert
- Frau Bethina Höffner
- Herr Henning Kühnast
- Herr Thorsten Schuld
- Herr Daniel Nott ist altes und neues Vorstandsmitglied.

Für die neuen Vorstandsmitglieder hat die Verwaltung bereits die erweiterten polizeilichen Führungszeugnisse angefordert. Der Ausschussvorsitzende bittet, diese Änderung bei der Beschlussfassung zu beachten.

Hinsichtlich des Tagesordnungspunktes 8.3 (3105/2011 - Projekt Joblinge gAG Köln) informiert Herr Dr. Heinen darüber, dass Frau Zetzmann, Projektleiterin „Joblinge Köln“, das Projekt vor Eintritt in die Tagesordnung in einem Film und einem Redebeitrag vorstellen wird. Die Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt erfolgt bei der Beratung der Vorlage.

Als Tischvorlage werden die Beratungsergebnisse der vorberatenden Gremien zu den Tagesordnungspunkten 6.1, 6.4, 7.1, 8.2 sowie 11.1 mitgeteilt.

Des Weiteren wurden die Unterlagen zu den Tagesordnungspunkten 2.5, 2.6, 2.7, 2.8, 2.9, 3.18, 3.19, 3.20, 4.2.1, zu 5.1.1, zu 8.2 sowie zu 11.1 als Tischvorlage verteilt.

Der Ausschussvorsitzende bittet um Erweiterung der Tagesordnung um die Tagesordnungspunkte: A, 2.3, 2.4, 2.5, 2.6, 2.7, 2.8, 2.9, 3.13, 3.14, 3.15, 3.16, 3.17, 3.18, 3.19, 3.20, 4.2.1, zu 5.1.1, 7.2, 7.3 und zu 8.2.

Der Ausschuss erklärt sich hiermit einverstanden.

Frau Laufenberg ergreift das Wort zum Dringlichkeitsantrag der Fraktionen CDU und FDP. Die Ergebnisse aus einer Diskussion zu diesem Thema im Unterausschuss Ganztage seien erst nach der Antragsfrist für den Jugendhilfeausschuss bekannt ge-

worden. Es gehe um die Übertragung von kommunalen Restmitteln des Jahres 2011 in das Haushaltsjahr 2012, so dass der Beschluss noch in diesem Jahr erfolgen müsse. Somit sei die Dringlichkeit gegeben.

Der Ausschuss beschließt die Dringlichkeit einstimmig.

Frau Laufenberg bittet, den Dringlichkeitsantrag wie folgt geändert auf die Tagesordnung zu nehmen:

„Die Verwaltung wird gebeten, die Restmittel des Haushaltsjahres 2011 in Höhe von 179.158 € in den Etat des Dezernates IV, Bildung, Jugend und Sport für das Jahr 2012 zu übertragen.“

Auch hiermit erklärt der Ausschuss sich einstimmig einverstanden und nimmt den Dringlichkeitsantrag in geänderter Form als Tagesordnungspunkt 4.2.1 auf.

Dementsprechend ergibt sich folgende Tagesordnung:

## **Tagesordnung**

### **I. Öffentlicher Teil**

- A Filmbeitrag und Vortrag zu TOP 8.3 - Projekt Joblinge gAG Köln - durch die Projektleiterin Frau Zetzmann
- 1.1 Benennung der Stimmzähler
- 1.2 Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen
- 1.3 Gleichstellungsrelevante Themen
- 2 Beantwortung von Anfragen**
- 2.1 Anfrage von Frau Mucuk in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 04.10.2011 zum Sachstand Lichtbildausweise Integrationslotsen 4444/2011
- 2.2 Anfrage von Frau Koj aus der JHA-Sitzung am 04.10.2011 zur Vorlage 2567/2011 - Zukünftige Finanzierung der Kölner Kompetenzagenturen 4592/2011
- 2.3 Anfrage von Herrn Dr. Schlieben aus der Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 04.10.2011 4874/2011
- 2.4 Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII hier: Schulte- Schmelter- Stiftung - Beantwortung einer Anfrage von Herrn Nott aus der JHA-Sitzung am 04.10.2011 4776/2011
- 2.5 Übersicht über geplante und realisierte Plätze U3 in den Kindergartenjahren 2006/07 bis 2011/12 - Nachfrage von Herrn Dr. Schlieben im JHA vom 08.11.2011 5054/2011
- 2.6 Spielgeräte auf schulischen und öffentlichen Plätzen 4652/2011
- 2.7 Anfrage von Frau Komke-Söntgerath - im Auftrag der Träger der freien Wohlfahrtspflege zur U3 Förderung 5072/2011

- 2.8 Beantwortung der Anfrage 2.5 von Frau Jahn und Herrn Dr. Schlieben aus der Sitzung am 04.10.2011  
4994/2011
- 2.9 Finanzierung einer Personalstelle bei dem Träger "Haus der Offenen Tür Porz e.V."  
Weiterbeschäftigung der Heilpädagogin in der Einrichtung OT Ohmstraße  
4912/2011
- 3 Mitteilungen**
- 3.1 Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge  
4237/2011
- 3.2 Trägerschaft einer Kindertagesstätte am geplanten Standort Kölner Straße  
148-152 in Köln-Porz-Ensen  
4591/2011
- 3.3 Trägerschaft einer Kindertagesstätte am geplanten Standort Vorgebirgsgärten  
in Köln Zollstock (Arbeitstitel Fritz-Hecker-Straße)  
4593/2011
- 3.4 Abschließende Anpassungen und Mittelumschichtungen bei Maßnahmen des  
KP II im Dezernat für Bildung, Jugend und Sport  
4543/2011
- 3.5 Mülheim 2020 - Beratung und Begleitung in Ausbildung und Qualifizierung für  
Jugendliche, Eltern und Firmen  
4507/2011
- 3.6 Ausbau der Qualität des Offenen Ganztags im Bereich kultureller Bildung  
4653/2011
- 3.7 Fertiggestellte KP II-Maßnahmen  
4671/2011
- 3.8 Ergebnisse einer Städteumfrage aufgrund der Resolution des Rates zum Bil-  
dungspaket der Bundesregierung  
4589/2011
- 3.9 Trägerschaft einer Kindertagesstätte am geplanten Standort Bachstr. 1-9,  
Köln-Porz-Urbach  
4737/2011
- 3.10 Bestellung eines neuen stellvertretenden beratenden Pflichtmitgliedes des  
Jugendhilfeausschusses  
4771/2011

- 3.11 Trägerschaft im Rahmen Investorenwettbewerbe (Auswahl)  
4706/2011
- 3.12 Spielplatzbedarfsanalyse:  
Maßnahmenprogramm im Spielplatzbereich  
4680/2011
- 3.13 Fertiggestellte Maßnahmen bis November 2011  
4624/2011
- 3.14 Neuwahl eines stellvertretenden beratenden Mitgliedes in den Jugendhilfe-  
ausschuss  
4932/2011
- 3.15 Neuwahl eines stellvertretenden stimmberechtigten Mitgliedes des Jugendhil-  
feausschusses  
4848/2011
- 3.16 Vorstellung des Kölner Ausbildungsberichts 2010  
4226/2011
- 3.17 Betreuung zwischen Ende Kindergarten und Schuleintritt  
5021/2011
- 3.18 Umzug Jugendeinrichtung von-Sparr-Straße  
4998/2011
- 3.19 Übertragung von operativen Aufgaben in der Kindertagespflege durch zwei  
weitere Träger der freien Jugendhilfe  
5073/2011
- 3.20 Statusbericht Bürgerhaushaltsverfahren 2008  
4883/2011
- 4 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates**
- 4.1 Frühere Anträge
- 4.2 Neue Anträge
- 4.2.1 Übertragung der kommunalen Haushaltsmittel „Programm „Mittagspause  
Plus“  
(Dringlichkeitsantrag der Fraktionen CDU und FDP vom 13.12.2011)  
AN/2259/2011

## **5 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates**

### 5.1 Frühere Anfragen

#### 5.1.1 Kindertagespflege (Anfrage der FDP-Fraktion vom 03.11.2011) AN/1922/2011

zu 5.1.1 Beantwortung einer Anfrage der FDP-Fraktion - AN/1922/2011 - zur Kindertagespflege  
4649/2011

### 5.2 Neue Anfragen

## **6 Beschlüsse gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**

6.1 Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII; hier:  
"Riehl Kids e.V."  
4576/2011

6.2 Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII;  
hier: "ComputerProjekt Köln - Verein für Medien, Bildung und Kultur e.V."  
4502/2011

6.3 Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII und Trägerwechsel zum 01.01.2012  
hier: "anyway e.V."  
4475/2011

6.4 Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe  
hier: "Pass op Trägerverein der Offenen Ganztagschule der Brüder-Grimm-Schule, Köln-Sürth e.V."  
4597/2011

## **7 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse**

7.1 Verbesserung des Spielangebotes auf dem Spielplatz "Kämpchensweg" in Köln-Müngersdorf  
3944/2011

7.2 Umgestaltung des Spiel- und Bolzplatzes Senkelsgraben in Köln-Wahnheide  
3971/2011

7.3 Verbesserung des Spielangebotes auf dem Spielplatz "Willi-Sieke-Straße" in Köln - Ossendorf  
4427/2011

## **8 Ausschussempfehlungen an den Rat**

8.1 Eröffnung einer Kindertageseinrichtung, hier: Betriebskostenförderung aus kommunalen Mitteln  
4238/2011

8.2 Rahmenkonzept Lebenswerte Veedel - Bürger- und Sozialraumorientierung in Köln - Verlängerung der befristeten Umsetzung  
3103/2011

zu 8.2 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE vom 01.12.2011 zu TOP 8.2 -  
3103/2011 (AN/2173/2011)

8.3 Projekt Joblinge gAG Köln  
3105/2011

## **9 Anfragen**

## I. Öffentlicher Teil

### A Filmbeitrag und Vortrag zu TOP 8.3 - Projekt Joblinge gAG Köln - durch die Projektleiterin Frau Zetzmann

Frau Carina Zetzmann, Leiterin des Projektes „Joblinge“, stellt das Projekt in einem Vortrag und einem Filmbeitrag vor. Die Präsentationsunterlagen liegen der Niederschrift als Anlage 1 bei.

Auf Fragen von Jugendhilfeausschussmitgliedern berichtet sie folgendes:

Die Zuweisung der Jugendlichen zum Projekt erfolge zu  $\frac{3}{4}$  vom Jobcenter Köln und nur  $\frac{1}{4}$  der Teilnehmer werden frei rekrutiert, z.B. durch Anfragen der Jugendlichen. Es gebe Mindestvoraussetzungen zur erfolgreichen Teilnahme an dem Programm. Dies seien z.B. ausreichende Sprachkenntnisse und die Verfügbarkeit, an einem Vollzeitjob teilzunehmen. Der Unterschied zu den übrigen Maßnahmen in diesem Bereich liege in der Kombination aus vielen einzelnen Bestandteilen und der Kooperation mit der Privatwirtschaft, so dass z.B. Praktikumsstellen und Mentoren zu Genüge vorhanden seien. Mit den Akteuren der U25-Konferenz habe es viele Vorabgespräche mit positiven Rückmeldungen gegeben. Frau Zetzmann führt aus, dass Zuwendungsempfänger die „Joblinge gAG“ sei, die im Handelsregister eingetragen ist und als gemeinnützig anerkannt wurde, jedoch kein anerkannter Träger der Jugendhilfe sei. Gründungsaktionäre der gAG seien u.a. das Festkomitee des Kölner Karnevals, die Boston Consulting Group, Platinion, CMS, WISAG und Carglas. Gespräche mit weiteren Kandidaten dauern zur Zeit an. Frau Zetzmann berichtet, dass die Joblinge gAG eine Dachorganisation habe, die hauptsächlich für die Sicherung der Qualität des pädagogischen Konzeptes und somit auch für die Schulung der Jugendlichen eintrete. Diese Dachorganisation bestehe aus den Standorten und der Joblinge-Stiftung. Durch die Beteiligung an der gAG erwarten die Aktionäre, dass sich ihr Engagement lohnt, ihre Ausbildungsplätze durch das Projekt optimal besetzt und der eigene Bedarf an Fachkräften gedeckt werde. Frau Zetzmann erläutert weiterhin, dass es sich bei den Zahlen zum Geschlecht und Migrationshintergrund um Durchschnittswerte der letzten 3 Jahre von allen bestehenden Standorten handle. Der Anteil der Jugendlichen mit Migrationshintergrund sei an unterschiedlichen Standorten sehr different. Der Film sei in Berlin gedreht worden, wo der Standort im Stadtteil Pankow liege. Dort sei die Quote der Jugendlichen mit Migrationshintergrund sehr gering. Die Jugendlichen aus Stadtteilen, in denen es weitaus mehr Migrationshintergrund gebe, seien zur Zeit noch nicht bereit, nach Pankow zu gehen. Der Standort in Frankfurt liege zentral im Übergang zum Nordend. Dort betrage die Migrationsquote über 90%. Sie erklärt, dass die Personalkosten 290.000 Euro betragen und ein Bestandteil der Jahresgesamtkosten in Höhe von 400.000,- Euro seien. Die Hauptarbeit mit den Jugendlichen werde von hauptamtlichen Mitarbeitern durchgeführt. Die Mentoren begleiten den Prozess, den die Jugendlichen in dem Programm durchlaufen und sind der Hauptpfeiler des Erfolges dieses Projektes. Frau Zetzmann berichtet, dass die Joblinge gAG Köln einen Aufsichtsrat und einen Vorstand habe. Der Vorstand sei ehrenamtlich tätig, so dass die Hauptgeschäfte vom hauptamtlichen Team geführt werden. Offizieller Geschäftsführer sei der Vorstand. Im Aufsichtsrat sitzen im Wesentlichen Unternehmensvertreter der Gründungsaktionäre. Über die Gründungsaktionäre hinaus gebe es viele Unternehmen, die sich beteiligen. In Köln seien dies z.B. die GAG, die AWB, der TÜV Rheinland, die Kammern, der Flughafen KölnBonn sowie der Kölner Zoo. Die Unternehmensbeteiligung stehe nicht in direktem Zusammenhang mit den Berufswünschen der Jugendli-

chen. Der Standort in Köln werde sich zentral am Hansaring befinden. Unterschiedliche Konzepte für Mädchen und Jungs gebe es nicht, da es für jeden Jugendlichen eine eigene Herangehensweise und eine individuelle Vermittlung bzw. Betreuung gebe.

Die Ausschussmitglieder stellen darüber hinaus Fragen an die Verwaltung, die wie folgt beantwortet werden:

Frau Beigeordnete Dr. Klein betont, dass andere Projekte durch die Finanzierung des Projektes Joblinge nicht gefährdet seien. Die Deckung aus dem Bildungspaket gefährde ebenfalls keine bereits beschlossenen Bausteine des Bildungspaketes. Die Verwaltung mache auf Seite 3 der Beschlussvorlage auf einige Punkte aufmerksam; insbesondere darauf, dass das Projekt und dessen Finanzierung aus dem Bildungspaket befristet seien. Eine Voraussetzung für die Förderung des Projektes durch die Stadt Köln sei, dass dessen jährliche Gesamtkosten anderweitig gedeckt werden; sprich in Höhe von 133.000,- Euro durch das Jobcenter und in Höhe des Eigenanteils von 200.000,- Euro. Somit stehe die Förderung durch die Stadt Köln unter einem Finanzierungsvorbehalt. Weiterhin gibt Frau Beigeordnete Dr. Klein an, dass die inhaltliche und fachliche Komponente des Projektes „Joblinge“ unzweifelhaft gut sei. Die Wirtschaft bringe 200.000,- Euro auf, um mehr Jugendliche in Arbeit zu bringen und die Finanzierung werde vom Jobcenter unterstützt. Deswegen sei die Verwaltung der Ansicht, dass auch die Stadt einen geringen Betrag hierzu beitragen kann. Da die Finanzierung befristet sei, könne man nach Ablauf der Frist die Fortführung neu überdenken. Im Haushaltsplanentwurf 2012 sei die Konsolidierung des vorherigen Doppelhaushalts fortgeschrieben worden. Ausnahmen stellen die Ausgaben dar, ohne die eine Gefährdung bestehender Projekte entstehen würde. Aus Sicht der Verwaltung können die Leistungen, die gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern erbracht werden müssen, im Rahmen des Haushaltsansatzes 2012 auch finanziert werden.

Herr Uckermann gibt zu Protokoll, dass er nicht verstehe, wie sich dieses Projekt mit einer langfristigen und qualitativ guten Jugendhilfeplanung in Einklang bringen lasse.

Herr Bergmann merkt an, dass die LIGA die Initiative ausdrücklich begrüße, sich jedoch bei der Abstimmung enthalten werde. Der Grund dafür sei, dass öffentliche Mittel in das Projekt einfließen sollen, gleichzeitig jedoch die Träger der freien Jugendhilfe in einer prekären finanziellen Situation seien und im Bereich der Arbeitsmarktförderung Träger vorhanden seien, die unter großem Druck stehen.

Frau Zetzmann appelliert an die Ausschussmitglieder, sich für ein Mitwirken der Stadt Köln an dem Projekt auszusprechen, da sie ein zentraler Akteur sei und es sich um eine gemeinsame lokale Initiative handle.

### **1.1 Benennung der Stimmzähler**

Als Stimmzähler werden Frau Gonca Mucuk, Herr Dr. Helge Schlieben und Frau Sylvia Laufenberg benannt.

### **1.2 Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen**

Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen werden nicht gestellt.

### **1.3 Gleichstellungsrelevante Themen**

Gleichstellungsrelevante Themen werden nicht behandelt.

## **2 Beantwortung von Anfragen**

### **2.1 Anfrage von Frau Mucuk in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 04.10.2011 zum Sachstand Lichtbildausweise Integrationslotsen 4444/2011**

Die Beantwortung der Anfrage wird zur Kenntnis genommen.

Frau Mucuk bedankt sich, dass der Ausweis für die Integrationslotsinnen und -lotsen endlich da ist.

### **2.2 Anfrage von Frau Koj aus der JHA-Sitzung am 04.10.2011 zur Vorlage 2567/2011 - Zukünftige Finanzierung der Kölner Kompetenzagenturen 4592/2011**

Die Beantwortung der Anfrage wird zur Kenntnis genommen.

Herr Pannes fordert auf, die Strukturen des Übergangsmanagements grundlegend zu ändern. Das Konzept müsse von der Politik getragen werden und bedürfe sowohl einer sehr breiten Kooperation als auch eines Übergriffes in andere Bedarfe. Es sei nachgewiesen, dass viele Jugendliche nicht versorgt seien, weil in den Übergangsmaßnahmen nicht die pädagogischen Mittel zur Verfügung stehen, die die Jugendlichen grundsätzlich bräuchten. Darüber hinaus sei zur Ermittlung des (sonder-) pädagogischen Förderbedarfes ein Profiling notwendig.

### **2.3 Anfrage von Herrn Dr. Schlieben aus der Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 04.10.2011 4874/2011**

Die Beantwortung der Anfrage wird zur Kenntnis genommen.

Herr Dr. Schlieben bedankt sich für die Ausführungen, merkt jedoch an, dass er nicht verstehen könne, dass die Verwaltung angibt, bisher über den Sachverhalt keine Kenntnis gehabt zu haben. Ihm liege zu diesem Thema Mailverkehr zwischen Vertretern der Bezirksvertretung Innenstadt und der Verwaltung von vor ca. sechs Monaten vor. Er werde diesen an die Verwaltung weiterleiten.

### **2.4 Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII hier: Schulte- Schmelter- Stiftung - Beantwortung einer Anfrage von Herrn Nott aus der JHA-Sitzung am 04.10.2011 4776/2011**

Die Beantwortung der Anfrage wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

## **2.5 Übersicht über geplante und realisierte Plätze U3 in den Kindergartenjahren 2006/07 bis 2011/12 - Nachfrage von Herrn Dr. Schlieben im JHA vom 08.11.2011 5054/2011**

Die Beantwortung der Anfrage wurde vor Sitzungsbeginn als Tischvorlage verteilt und liegt der Niederschrift nochmals als Anlage 2 bei. Sie wird zur Kenntnis genommen.

Herr Dr. Heinen merkt an, dass Köln bezüglich der U3-Ausbauquote im NRW-Vergleich weit vorne liege und im kommenden Kindergartenjahr eine Ausbaquote von 30% erreichen werde. Dies sei der hohen Leistung aller Beteiligten zu verdanken. Ab dem Jahr 2012 wird das Land 1 Milliarde Euro für den weiteren Ausbau – sowohl investiv als auch Betriebskosten – dazugeben. Diese Förderung gebe es jedoch lediglich bis zur Erreichung einer Ausbaquote von 32%.

Herr Dr. Schlieben bedankt sich für die Beantwortung der Anfrage und macht darauf aufmerksam, dass seine Anmerkungen sich auf die vom Rat beschlossene Quote von 40% beziehen. Er bittet die Verwaltung, die Liste bezüglich der U3-Ausbauquote in den einzelnen Bezirken, die sie an die Bezirksbürgermeister/innen geschickt habe, auch dem Jugendhilfeausschuss und den Bezirksvertretungen zur Verfügung zu stellen. Darüber hinaus fehlen in der Beantwortung zum einen die Zahlen für das Kindergartenjahr 2012/13 und zum anderen eine positive Aussage der Verwaltung zur Zielerfüllung.

Herr Pfeuffer teilt für die Verwaltung mit, dass ein Soll-Ist-Vergleich für 2012/13 zum jetzigen Zeitpunkt nicht möglich sei, da die zukünftigen Ist-Zahlen noch unbekannt seien. Um den Ausbau zu stemmen, habe die Verwaltung zu jeder Zeit alle Möglichkeiten komplett ausgeschöpft; zum Beispiel sei kein Kita-Träger abgewiesen worden. Der Optimismus und die Zuversicht der Verwaltung rühren insbesondere daher, dass ein stärkerer Akzent auf die Tagespflege gelegt worden sei, diese besser ausbaubar ist und ohne Grundstücks- und Investorensuche auskomme. Die Zielerreichung werde noch viel Kraft kosten; Zweifel an der Umsetzung habe die Verwaltung jedoch nicht.

Frau Jahn macht deutlich, dass der Erfolg nicht an der Erreichung der vom Rat vorgegebenen Ausbaquote gemessen werden dürfe, sondern an der Erreichung des individuellen Bedarfes in Köln. Sie bittet um Auskunft, inwieweit die Verwaltung an den zur Zeit auf Landesebene laufenden Verhandlungen teilnehme und welchen Hintergrund die 32%-Marke habe.

Frau Beigeordnete Dr. Klein führt aus, dass sich zur Zeit alle Großstädte - die beim U3-Ausbau sehr weit sind - diese Fragen stellen. Die frühere Zielvorgabe der Landesregierung seien 32% gewesen. Die Verhandlungsposition gegenüber dem Land müsse lauten, dass nicht die Kommunen benachteiligt werden dürfen, die sich bereits knapp an den 32% befinden. In Kürze finde bei der Familienministerin der Krippengipfel statt. Hierzu seien alle Oberbürgermeister/innen und Landräte eingeladen. Köln und andere Großstädte werden hier besonders darauf drängen, dass keine Benachteiligung erfolgen dürfe, nur weil das Ziel bereits fast erreicht sei. In den letzten Jahren habe die spezielle Kölner Situation landesseitig zu viel Unterstützung geführt. Das von Herrn Dr. Schlieben geforderte Schreiben der Verwaltung an die Bezirksbürgermeister/innen und die jugendpolitischen Sprecher/innen der Fraktionen werde der Niederschrift als Anlage 3 beigelegt.

Der Ausschussvorsitzende gibt der Beigeordneten im Namen des Jugendhilfeausschusses den Auftrag, beim Krippengipfel die entsprechenden Forderungen zu stellen.

Herr Krücker bittet im Namen der katholischen Kita-Träger, die Anstrengungen und Erfolge der Verwaltung in der Zeit vom 01.01. bis zum 31.12.2011 in einem Bericht vorzustellen. Darüber hinaus bittet er um Beantwortung der folgenden Fragen – bezogen auf das Jahr 2011:

- Wie viele Betreuungsplätze für unter-Dreijährige wurden 2011 neu geschaffen und wie viele davon durch Umwandlung von Ü3 nach U3?
- Wie viele Plätze davon wurden in Tagespflege neu geschaffen?
- Wie viele neue Einrichtungen wurden geschaffen und wie viele davon sind Ersatzbauten?
- Wie viele neue Gruppen sind entstanden (ohne Ersatzbauten)?
- Welche Träger – und aus welchem Spitzenverbandsbereich – tragen die neuen Einrichtungen?

Frau Beigeordnete Dr. Klein macht darauf aufmerksam, dass die Verwaltung in der Beantwortung angegeben habe, dem Jugendhilfeausschuss regelmäßig über den Stand des Ausbaus zu berichten. Sie bittet um Verständnis, dass die wenigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sich auf ihr Kerngeschäft – nämlich die Schaffung von Plätzen – konzentrieren müssen. Aufgrund dessen werde die Antwort auf die Fragen eher knapp ausfallen.

## **2.6 Spielgeräte auf schulischen und öffentlichen Plätzen 4652/2011**

Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde beschlossen, die Tagesordnungspunkte 2.6, 3.12 und 3.13 wegen Sachzusammenhangs (Thema: Spielplätze) zusammen zu beraten.

Die Beantwortung der Anfrage zu Tagesordnungspunkt 2.6 wurde vor Sitzungsbeginn als Tischvorlage verteilt und liegt der Niederschrift nochmals als Anlage 4 bei.

Frau Stahlhofen teilt mit, dass sie von der Beantwortung (Tagesordnungspunkt 2.6) irritiert sei, da Frage 1 – Aufstellung der Bezirke und Viertel – nicht beantwortet worden sei. Sie bittet, die Beantwortung in die Vorstellung des gesamtstädtischen Konzeptes zur Spielplatzbedarfsplanung einzubauen, die die Verwaltung in der Jugendhilfeausschusssitzung am 07.02.2012 plane. Frau Stahlhofen appelliert an die Verwaltung, dass im Spielplatzbereich dringend Personalzusetzungen notwendig seien, damit das Konzept umgesetzt werden könne.

Herr Dr. Schlieben bittet um Auskunft, ob alle Ersatzbeschaffungen im Jahr 2011 nach der neusten DIN-Norm 1176 erfolgt seien.

Frau John teilt für die Verwaltung mit, dass selbstverständlich alle Ersatzbeschaffungen nach den aktuellen Vorgaben und der jeweils aktuellen DIN-Norm erfolgen.

Herr Schneider ist erfreut darüber, dass der Spielplanbedarfsplan zeitnah im Jugendhilfeausschuss vorgestellt werde, und dass 45 Maßnahmen mit dringendem Handlungsbedarf zeitnah umgesetzt werden. Dies werde jedoch die Notwendigkeiten nicht befriedigen. Vor dem Hintergrund, dass 193 Spielgeräte abgebaut worden seien, sehe Herr Schneider ein großes Problem auf Köln zukommen. Um in Köln qualitativ und quantitativ ausreichend Spielplätze zu haben, müsse dringend die seit 2008 anstehende Organisationsuntersuchung bei der Abteilung Kinderinteressen und Jugendförderung abgeschlossen werden. Diese müsse eine bessere personelle Ausstattung zum Ergebnis haben, damit die Maßnahmen der Spielplatzbedarfsplanung sowie die Ersatzbeschaffungen von Spielgeräten abgearbeitet werden können. Darüber hinaus müsse eine gerechte Verteilung auf die Stadtbezirke erfolgen.

Frau Jahn nimmt Bezug auf Seite 3, Nummer 3 des Tagesordnungspunktes 3.13. Sie macht deutlich, dass die Vergaberichtlinien für eine faire und korrekte Vergabe wichtig seien, jedoch nicht zu einem Hemmnis für dringend erforderliche Maßnahmen werden dürfen. Sie bittet um Auskunft, ob es diesbezüglich eine Möglichkeit zur Beschleunigung des Verfahrens gebe.

Herr Dr. Heinen merkt an, dass diese Diskussion bereits im AVR stattfinde. Es handle sich hierbei um eine prinzipielle Frage und nicht um eine Frage für den Jugendhilfeausschuss. Sofern es diesbezüglich eine Änderung geben wird, werde ein grundsätzlicher Beschluss folgen.

Frau Beigeordnete Dr. Klein bestätigt, dass es sich nicht um eine originäre Diskussion des Jugendhilfeausschusses handle. Es gebe gesamtstädtisch viele Maßnahmen, die sehr eilig seien. Aufgrund dessen werde im Stadtvorstand die Diskussion geführt, ob man die Regularien des Konjunkturpaketes im Hinblick auf die Vergaberichtlinien fortschreiben könne, um die Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger in vertretbarer Zeit erbringen zu können.

## **2.7 Anfrage von Frau Komke-Söntgerath - im Auftrag der Träger der freien Wohlfahrtspflege zur U3 Förderung 5072/2011**

Die Beantwortung der Anfrage wurde vor Sitzungsbeginn als Tischvorlage verteilt und liegt der Niederschrift nochmals als Anlage 5 bei. Sie wird zur Kenntnis genommen.

Frau Volland-Dörmann dankt der Verwaltung für die Daten. Sie macht darauf aufmerksam, dass das Finanzvolumen für den investiven Bereich nicht ausreichen werde. Sie bittet um Auskunft, ob die Zahlen sich lediglich auf die freien Träger oder auch auf städtische Träger beziehen. Darüber hinaus nimmt sie Bezug auf die Ergebnisse des Gipfels zu KiBiZ. Um den Ausbau zu schaffen, müsse das Land NRW die Betriebskosten über den 32%-igen Ansatz hinaus übernehmen. Weiterhin bestehe hoher Finanzmittelbedarf bezüglich der investiven Leistungen – sowohl für die Errichtung von Gebäuden als auch für die Ausstattung. Auch hierzu bittet sie um Auskunft, ob sich das Volumen lediglich auf die freien Träger beziehe. Sollte dem nicht so sein, bittet Frau Volland-Dörmann Frau Beigeordnete Dr. Klein darum, in Düsseldorf darauf hinzuwirken, dass auch der investive Bereich zeitnah Berücksichtigung finde. Darüber hinaus bittet Frau Volland-Dörmann die Verwaltung, beim LVR oder beim Land für die Ermöglichung des vorläufigen Maßnahmenbeginns einzustehen.

Frau Brähler-Haucke teilt für die Verwaltung mit, dass 80% der Anträge von freien Trägern gestellt worden seien und die restlichen 20% von städtischen Trägern. Die Verwaltung werde nun das Gesamtvolumen und die Anträge berechnen und die Zahlen Herrn Oberbürgermeister Roters für den Krippengipfel mitgeben. Bezüglich des vorläufigen Maßnahmenbeginns habe die Verwaltung das Ministerium wiederholt angeschrieben und werde an dem Thema weiter dran bleiben.

Frau Beigeordnete Dr. Klein ergänzt, dass Herr Oberbürgermeister – aufgrund der gesamtstädtischen Wichtigkeit dieses Themas – persönlich am Krippengipfel teilnehmen werde. Die Verwaltung werde ihm unter anderem die Punkte: notwendige Investitionsmittel, zu deckende Betriebskosten, vorzeitiger Maßnahmebeginn, hauswirtschaftliche Kräfte und Mietdifferenz, zusammenstellen und diese als Kölner Forderung in Düsseldorf in die Diskussion geben.

**2.8 Beantwortung der Anfrage 2.5 von Frau Jahn und Herrn Dr. Schlieben aus der Sitzung am 04.10.2011  
4994/2011**

Die Beantwortung der Anfrage wurde vor Sitzungsbeginn als Tischvorlage verteilt und liegt der Niederschrift nochmals als Anlage 6 bei. Sie wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

**2.9 Finanzierung einer Personalstelle bei dem Träger "Haus der Offenen Tür Porz e.V."  
Weiterbeschäftigung der Heilpädagogin in der Einrichtung OT Ohmstraße  
4912/2011**

Die Beantwortung der Anfrage wurde vor Sitzungsbeginn als Tischvorlage verteilt und liegt der Niederschrift nochmals als Anlage 7 bei. Sie wird zur Kenntnis genommen.

Frau Jahn macht darauf aufmerksam, dass die Bedeutung der Einrichtung sowie die Bedeutung der Heilpädagogin eindeutig seien und es sich um ein einzigartiges und etabliertes Angebot im Rechtsrheinischen handele. Im Rahmen der Diskussion zu Tagesordnungspunkt A habe Frau Beigeordnete Dr. Klein mitgeteilt, dass kein anderes Projekt gefährdet sei. Sie bittet um Auskunft, wie diese Aussage zu dem vorliegenden Sachverhalt passe.

Frau Beigeordnete Dr. Klein erwidert, dass sie bei der vorherigen Diskussion gesagt habe, dass im Rahmen der Haushaltsveranschlagung für das Haushaltsjahr 2012 die veranschlagten Maßnahmen auch finanziell abgesichert seien. In Einzelfällen können Mehrbedarfe formuliert werden. Diese Aufgabe sei jedoch nicht veranschlagt und somit leider auch nicht gesichert.

**3 Mitteilungen**

**3.1 Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge  
4237/2011**

Die Mitteilung der Verwaltung wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

**3.2 Trägerschaft einer Kindertagesstätte am geplanten Standort Kölner Straße 148-152 in Köln-Porz-Ensen 4591/2011**

Die Mitteilung der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Frau Jahn bittet darum, diese Art von Mitteilungen künftig immer in der vorliegenden Form aufzubauen.

**3.3 Trägerschaft einer Kindertagesstätte am geplanten Standort Vorgebirgsgärten in Köln Zollstock (Arbeitstitel Fritz-Hecker-Straße) 4593/2011**

Die Mitteilung der Verwaltung wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

**3.4 Abschließende Anpassungen und Mittelumschichtungen bei Maßnahmen des KP II im Dezernat für Bildung, Jugend und Sport 4543/2011**

Die Mitteilung der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Herr Dr. Heinen lobt die Verwaltung dafür, dass sie diesen enormen Kraftakt mit vorhandenem Personal gestemmt habe. Er merkt an, dass die als Anlage beigefügte Tabelle nicht barrierefrei sei und bittet in Zukunft um eine größere Darstellung.

Frau Jahn führt aus, dass im KP-II-Bereich viel gelaufen sei. Da noch Restmittel vorhanden sind, bittet sie um Auskunft, wie damit umgegangen werde.

Frau Kirsch teilt für die Verwaltung mit, dass weiterhin intern umgeschichtet werde. Am 09.12.2011 musste der letzte Mittelabruf bei der Bezirksregierung abgegeben werden. Im Schul- und Jugendbereich seien alle Mittel abgerufen worden. Die Informationen für die Gesamtverwaltung werden im nächsten Finanzausschuss am 19.12.2011 mitgeteilt. Das Problem liege darin, dass Ersatzmaßnahmen bereits seit dem 31.12.2010 nicht mehr umgesetzt werden können. Dies sei der späteste Zeitpunkt gewesen, um neue Maßnahmen zu beginnen, so dass nun lediglich die Mittel, die zurückgeflossen sind, in den bestehenden Maßnahmen umgeschichtet werden konnten. Die Verwaltung habe die Mittel teilweise auch vorsorglich abgerufen und schaue jetzt, wo noch Bedarfe bestehen. Viele Maßnahmen seien jedoch bereits abgeschlossen. Den letzten Stand werde es erst am 31.12.2011 oder später geben. Das Verfahren sehe vor, dass die Maßnahmen zunächst durch die Bezirksregierung geprüft werden und erst dann feststehe, ob der Mitteleinsatz zulässig war. Die Verwaltung befinde sich in einer permanenten Prüfung, wie die Mittel sinnvoll eingesetzt werden können.

**3.5 Mülheim 2020 - Beratung und Begleitung in Ausbildung und Qualifizierung für Jugendliche, Eltern und Firmen  
4507/2011**

Die Mitteilung der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Frau Mucuk merkt an, dass in der Mitteilung das Ziel und das Volumen des Projektes genannt werden, jedoch eine Aussage dazu fehle, wie dieses Ziel erreicht werden solle. Sie bittet hierzu um Auskunft.

Die Verwaltung sagt die schriftliche Beantwortung dieser Frage zu.

**3.6 Ausbau der Qualität des Offenen Ganztags im Bereich kultureller Bildung  
4653/2011**

Die Mitteilung der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Herr Dr. Heinen merkt an, dass es zu diesem Punkt eine lange und unübersichtliche Diskussion im Unterausschuss Ganztags gegeben habe.

Herr Schäfer-Remmele dankt allen Beteiligten für die Entwirrung. Er gibt an, dass erneut 130.000 Euro für kulturelle Bildung im Kulturretat angesetzt seien. Hierzu habe er bereits eine Anfrage an die Verwaltung gestellt, die jedoch noch nicht beantwortet sei. Nach einer Vereinbarung zwischen dem Kultur- und dem Jugenddezernat gehöre das Geld ab dem 01.01.2011 ins Jugenddezernat und zwar allgemein für kulturelle Bildung. Herr Schäfer-Remmele bittet hierzu um Aufklärung.

Frau Beigeordnete Dr. Klein erwähnt, dass die Verwaltung zur Zeit an der Beantwortung der Anfragen von Herrn Schäfer-Remmele arbeite und das Antwortschreiben dem Protokoll anhängen werde. Dieses liegt der Niederschrift als Anlage 7a bei.

**3.7 Fertiggestellte KP II-Maßnahmen  
4671/2011**

Die Mitteilung der Verwaltung wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

**3.8 Ergebnisse einer Städteumfrage aufgrund der Resolution des Rates zum Bildungspaket der Bundesregierung  
4589/2011**

Die Mitteilung der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Frau Jahn lobt die Hartnäckigkeit von Herrn Oberbürgermeister Roters und bittet, diese in der Sache beizubehalten.

Frau Laufenberg bittet um Mitteilung des aktuellen Standes der eingegangenen Anträge.

Frau Beigeordnete Dr. Klein teilt mit, dass zur Zeit 43.000 Anträge bezogen auf alle Module vorliegen. Dies entspreche 21.330 Menschen in Köln und der Erreichungsgrad liege bei 38%. Die Anträge beziehen sich in erster Linie auf das Mittagessen. Am problematischsten stelle sich der Bereich der Lernförderung dar. Trotz Bemühungen auf Landesebene konnten die diesbezüglichen Voraussetzungen nicht reduziert werden, so dass der Erreichungsgrad hier viel geringer sei. Auch die Erreichung der Sportvereine stelle sich sehr schwierig dar. Somit bleibe die Grundkritik zu dem Thema bestehen und es werde der Eindruck erweckt, dass es keine weiteren Veränderungen geben werde.

Frau Stahlhofen führt aus, dass es im Ausschuss Soziales und Senioren im Oktober 2011 eine Beantwortung mit einer graphischen Darstellung der eingegangenen Anträge in den einzelnen Modulen gegeben habe. Sie bittet, diese auch im Jugendhilfeausschuss vorzustellen. Darüber hinaus nimmt sie Bezug auf das als Anlage zur Mitteilung vorliegende Schreiben von Herrn Oberbürgermeister Roters vom 08.11.2011. Darin spreche er von einem Sammelantrag, mit dem alle in Betracht kommenden Komponenten gleichzeitig beantragt, jedoch einzeln beschieden werden können. Hiervon habe sie bisher Nichts gehört und bittet um Erläuterung.

Frau Blömacher teilt für die Verwaltung mit, dass es durchaus mehr Anträge zur Lernförderung gebe, die auch bereits beschieden seien. Gerne werde sie hierzu Informationen weitergeben. Die Verwaltung habe sich allerdings entschieden, bestimmte Schwerpunkte zu setzen. Dies sei zum einen das Mittagessen - da dieses Modul den größten Zulauf habe - und zum anderen die Klassenfahrten - um zu vermeiden, dass Kinder oder Jugendliche nicht mitfahren können. Die Verwaltung gehe davon aus, dass die Lernförderung in nächster Zeit verstärkt auftreten werde, da die Versetzung sich erst nach dem ersten Schulhalbjahr kläre. Das Jobcenter und das Amt für Soziales und Senioren haben in der Tat einen einheitlichen Antrag über alle Module entwickelt. In diesem Sammelantrag können alle Komponenten gleichzeitig beantragt werden. Allerdings habe der Runde Tisch im Bundesministerium einen Globalantrag in Aussicht gestellt. Dieser bringe die Verwaltung jedoch nicht weiter, da Unterlagen, die z.B. für die Lernförderung oder Klassenfahrten beizubringen sind, nicht mit dem ersten Antrag erfasst werden und somit in jedem Fall nachgereicht werden müssen.

Frau Laufenberg kritisiert, dass die Verwaltung das Modul des Mittagessens fokussiere, obwohl niemand möchte, dass das Bildungspaket zum Essenspaket werde.

Frau Blömacher erläutert, dass im Bereich des Mittagessens und der Klassenfahrten die meisten Anträge vorgelegen haben, so dass die Verwaltung sich auf diese beiden Module fokussiere. Es sei selbstverständlich nicht so, dass nur diese beiden Komponenten bearbeitet werden, denn auch die Verwaltung möchte das Bildungspaket nicht auf das Essensgeld reduzieren. Es gebe zur Zeit noch viele Anträge, die aufgrund von fehlenden Unterlagen bisher noch nicht beschieden werden konnten.

Frau Jahn berichtet, dass Lehrer bezüglich der Klassenfahrtkosten für viele Kinder mit hohen Summen in Vorleistung gehen und anschließend lange auf ihr Geld warten müssen. Es gebe bestimmte Stadtteile, in denen dies hochproblematisch sei. Insbesondere diesen Kindern sollte die Teilnahme an erlebnispädagogischen Reisen ermöglicht werden; vielen Lehrern sei die Vorauszahlung aufgrund der langen Bearbeitungszeiten der Anträge jedoch nicht mehr möglich. Sie bittet um Einschätzung der Verwaltung zu diesem Thema.

Frau Blömacher führt aus, dass dies tatsächlich vereinzelt berichtet worden sei. Die Verwaltung habe jedoch an die Schulen plädiert, die Kinder entsprechend zu unterstützen und bemühe sich, eine schnelle finanzielle Abwicklung zu gewährleisten. Für zukünftige Klassenfahrten wurde das Verfahren insofern geändert, dass die Eltern den Antrag bereits dann stellen können, wenn das Geld fällig ist und nicht – wie bisher – erst wenn die Fahrt stattfindet. Hierdurch erhoffe sich die Verwaltung, dass keine Vorleistung durch Dritte mehr erfolgen müsse.

Frau Becker hebt im Namen der Schulen hervor, dass es fast flächendeckend schwierig gewesen sei, Klassenfahrten abzurechnen. Die Schulen seien dankbar, zusammen mit der Verwaltung eine Lösung gefunden zu haben. Darüber hinaus habe das Essen in der Vergangenheit ein gewaltiges Problem dargestellt und kaum jemand könne sich vorstellen, was Kinder, die auf das Essensgeld angewiesen sind, tatsächlich durchmachen. Die Pädagogen haben nun endlich kein Problem mehr mit Kindern, die tage- bzw. wochenlang kein Geld mitgebracht haben und die sie letztendlich vom Tisch verweisen mussten. Die Schulen seien dankbar, dass das Bildungspaket Zuschüsse in diesem Bereich ermögliche. Frau Becker sei sich sicher, dass sich dies auch positiv auf den Bedarf im Bereich der Lernförderung auswirke.

**3.9 Trägerschaft einer Kindertagesstätte am geplanten Standort Bachstr. 1-9, Köln-Porz-Urbach  
4737/2011**

Die Mitteilung der Verwaltung wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

**3.10 Bestellung eines neuen stellvertretenden beratenden Pflichtmitgliedes des Jugendhilfeausschusses  
4771/2011**

Die Mitteilung der Verwaltung wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

**3.11 Trägerschaft im Rahmen Investorenwettbewerbe (Auswahl)  
4706/2011**

Die Mitteilung der Verwaltung wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

**3.12 Spielplatzbedarfsanalyse:  
Maßnahmenprogramm im Spielplatzbereich  
4680/2011**

→ siehe Ausführungen zu Tagesordnungspunkt 2.6

**3.13 Fertiggestellte Maßnahmen bis November 2011  
4624/2011**

→ siehe Ausführungen zu Tagesordnungspunkt 2.6

**3.14 Neuwahl eines stellvertretenden beratenden Mitgliedes in den Jugendhilfeausschuss  
4932/2011**

Die Mitteilung der Verwaltung wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

**3.15 Neuwahl eines stellvertretenden stimmberechtigten Mitgliedes des Jugendhilfeausschusses  
4848/2011**

Die Mitteilung der Verwaltung wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

**3.16 Vorstellung des Kölner Ausbildungsberichts 2010  
4226/2011**

Die Mitteilung der Verwaltung wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

**3.17 Betreuung zwischen Ende Kindergarten und Schuleintritt  
5021/2011**

Die Mitteilung der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Herr Dr. Heinen lobt die Verwaltung und bedankt sich, dass die Lösung für das Jahr 2012 – trotz ständig wechselnder Regelungen zum Einschulungsalter – bereits vorliegt.

**3.18 Umzug Jugendeinrichtung von-Sparr-Straße  
4998/2011**

Die Mitteilung der Verwaltung wurde vor Sitzungsbeginn als Tischvorlage verteilt und liegt der Niederschrift nochmals als Anlage 8 bei. Sie wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

**3.19 Übertragung von operativen Aufgaben in der Kindertagespflege durch zwei weitere Träger der freien Jugendhilfe  
5073/2011**

Die Mitteilung der Verwaltung wurde vor Sitzungsbeginn als Tischvorlage verteilt und liegt der Niederschrift nochmals als Anlage 9 bei. Sie wird zur Kenntnis genommen.

Frau Beigeordnete Dr. Klein merkt an, dass sie sehr froh sei, zwei weitere Träger in die Kindertagespflege mit aufnehmen zu können. Im Laufe der nächsten Zeit werde die Verwaltung versuchen, weitere Träger für diese Aufgabe zu akquirieren.

### **3.20 Statusbericht Bürgerhaushaltsverfahren 2008 4883/2011**

Die Mitteilung der Verwaltung wurde vor Sitzungsbeginn als Tischvorlage verteilt und liegt der Niederschrift nochmals als Anlage 10 bei. Sie wird ohne weitere Aussprache zur Kenntnis genommen.

## **4 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates**

### **4.1 Frühere Anträge**

Frühere Anträge liegen nicht vor.

### **4.2 Neue Anträge**

#### **4.2.1 Übertragung der kommunalen Haushaltsmittel „Programm „Mittagspause Plus“ (Dringlichkeitsantrag der Fraktionen CDU und FDP vom 13.12.2011) AN/2259/2011**

Der Dringlichkeitsantrag der Fraktionen CDU und FDP vom 13.12.2011 wurde vor Sitzungsbeginn als Tischvorlage verteilt und liegt der Niederschrift nochmals als Anlage 11 bei.

Vor Eintritt in die Tagesordnung begründet Frau Laufenberg die Dringlichkeit des Antrages und bittet, diesen – wie folgt geändert – auf die Tagesordnung zu nehmen:

„Die Verwaltung wird gebeten, die Restmittel des Haushaltsjahres 2011 in Höhe von 179.158 Euro in den Etat des Dezernates IV, Bildung, Jugend und Sport für das Jahr 2012 zu übertragen.“

Der Ausschuss erklärt sich hiermit einverstanden.

Herr Dr. Heinen macht darauf aufmerksam, dass die Bedarfe im Gesamtfinanzpolitischen erst im Januar 2012 bekannt werden. Unter diesem Aspekt eröffnet er die Diskussion zu diesem Tagesordnungspunkt.

Frau Laufenberg betont, dass der Dringlichkeitsantrag darauf abziele, dass die Restmittel in Höhe von 179.158 Euro nicht dem allgemeinen Haushalt zufließen, sondern im Jahr 2012 weiterhin im Bildungsetat verbleiben. Eine explizite Zweckbindung habe die CDU- und FDP-Fraktion absichtlich nicht formuliert. Im Rahmen der Haushaltsplanberatungen müsse dann geschaut werden, wofür genau das Geld verwendet werde.

Herr Dr. Schlieben berichtet, dass es hierzu bereits im Unterausschuss Ganztags eine Diskussion gegeben habe. Das Ergebnis sei, dass der Unterausschuss sich dafür ausgesprochen habe, dass die Restgelder im Bildungsetat verbleiben und die Bitte, hierfür Lösungsvorschläge zu erarbeiten, an die Verwaltung gerichtet habe. Somit decke sich der Auftrag aus dem Unterausschuss mit dem vorliegenden Dringlichkeitsantrag.

Frau Jahn macht darauf aufmerksam, dass es sich hierbei um eine verwaltungsinterne Entscheidung handele. Der Jugendhilfeausschuss könne die Verwaltung lediglich mündlich bitten, diesbezügliche Gespräche mit der Stadtkämmerin zu führen. Der Dringlichkeitsantrag der Fraktionen CDU und FDP habe sich somit in gewisser Weise erledigt.

Herr Dr. Heinen schließt sich im Namen der SPD-Fraktion der Aussage von Frau Jahn an.

Frau Laufenberg betont, dass der Jugendhilfeausschuss der Verwaltung mehr auf den Weg geben müsse, als ein bloßes Gespräch zwischen zwei Beigeordneten.

Herr Bergmann fasst den Sachverhalt zusammen und bittet um Auskunft, in welchen Fällen der Ausschuss die Verwaltung „bitten“ und in welchen „beauftragen“ kann.

Frau Schlitt gibt an, dass es bereits zum dritten Mal passiere, dass der festgesetzte Betrag für OGTS-Gruppen nicht in voller Höhe ausgegeben wurde. In jedem Jahr sei sowohl die Verwendung der Restmittel diskutiert als auch die Vermutung geäußert worden, dass auch im nächsten Jahr nicht die geplante Anzahl von Gruppen eingerichtet werden könne, so dass die Restmittel für die Qualität der OGTS eingesetzt werden könnten. Sie bittet um Mitteilung, wie die Verwaltung das Problem im nächsten Jahr einschätze.

Frau Beigeordnete Dr. Klein macht deutlich, dass Restmittel der Kämmerin gehören und üblicherweise in den Gesamthaushalt zurückfallen. Um eine Änderung von dieser Regel herbeizuführen, bedürfe es einer Entscheidung der Kämmerei in Abstimmung mit den Fachdezernaten. Aufgrund dessen müsse es im Dringlichkeitsantrag nicht „beauftragt“ sondern „bittet“ heißen. Auf die Frage von Frau Schlitt, wie man die Verteilung der vorhandenen Gelder ändern könne, erwidert Frau Beigeordnete Dr. Klein, dass es hierzu eines Ratsbeschlusses bedarf, da es sich um eine Niveauerhöhung als freiwillige Leistung handele. Bezüglich der Einschätzung für das nächste Jahr äußert Frau Beigeordnete Dr. Klein, dass sie nach den Erfahrungen des letzten Jahres nicht davon ausgehe, dass eine grundsätzliche Änderung erfolgen werde und mehr Gruppen eingerichtet werden können.

Frau Schlitt bittet, die Mitteilung der Verwaltung an den Unterausschuss Ganztags auch für den Jugendhilfeausschuss zur Verfügung zu stellen. Frau Beigeordnete Dr. Klein sagt zu, diese dem Protokoll als Anlage 12 beizufügen.

Herr Krücker fügt an, dass die Qualität in diesem Bereich kritisch sei. Er bittet um Auskunft, warum die Verwaltung keinen Ratsbeschluss herbeiführe, obwohl Jahr für Jahr Restmittel übrigbleiben.

Frau Volland-Dörmann macht darauf aufmerksam, dass es in den beiden letzten Jahren ebenfalls Beschlüsse des Jugendhilfeausschusses zur Übertragung der Restmittel gegeben habe, die jedoch im Finanzausschuss bzw. Rat abgelehnt worden seien. Bezug nehmend auf den OGTS-Betreuungsbedarf im Primar- und Sek. I – Bereich liege es an den Fraktionen, im Rahmen der Haushaltsplanberatungen 2012 zu schauen, wie – auf Grundlage der aktuell im Bestand vorhandenen Gruppen - eine Verbesserung der Finanzierung für das Schuljahr 2012/2013 herbeigeführt werden könnte.

### **Geänderter Beschluss:**

Die Verwaltung wird gebeten, die Restmittel des Haushaltsjahres 2011 in Höhe von 179.158 € in den Etat des Dezernates IV, Bildung, Jugend und Sport für das Jahr 2012 zu übertragen.

### **Abstimmungsergebnis:**

Gegen die Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und SJD Die Falken mehrheitlich zugestimmt.

*Anmerkungen: Die AWO Köln nimmt an der Abstimmung nicht teil. Die Sportjugend Köln ist weder bei der Beratung noch bei der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt anwesend.*

## **5 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates**

### **5.1 Frühere Anfragen**

#### **5.1.1 Kindertagespflege (Anfrage der FDP-Fraktion vom 03.11.2011) AN/1922/2011**

#### **zu 5.1.1 Beantwortung einer Anfrage der FDP-Fraktion - AN/1922/2011 - zur Kindertagespflege 4649/2011**

Die Beantwortung der Anfrage wurde vor Sitzungsbeginn als Tischvorlage verteilt und liegt der Niederschrift nochmals als Anlage 13 bei. Sie wird zur Kenntnis genommen.

Frau Laufenberg bedankt sich für die Beantwortung. Bezüglich der Antwort zu Frage 2 und der Aussage „Für das erste Halbjahr 2011 haben inzwischen alle Tagespflegepersonen ihren Zuschuss für die Betreuung der vom Jugendamt Köln vermittelten Kinder erhalten.“ bittet Frau Laufenberg um Auskunft, was mit den Monaten Juli bis Dezember sei. Die Verwaltung schreibe weiter, dass die Überweisung im Voraus zum Monatsersten auf das Konto der Tagespflegepersonen erfolge. Somit müssten zum jetzigen Zeitpunkt bereits alle Zahlungen für das Jahr 2011 gelaufen sein.

Bezüglich der Antwort zu Frage 3 bittet sie um Konkretisierung des Begriffes „zeitnah“.

Zur Antwort auf Frage 4 bittet Frau Laufenberg um Auskunft, zu welchem Zeitpunkt die Wohnräume der potentiellen Tagespflegepersonen durch die Verwaltung überprüft werden.

Die Verwaltung sagt die schriftliche Beantwortung der Fragen zu.

### **5.2 Neue Anfragen**

Neue Anfragen werden nicht gestellt.

**6 Beschlüsse gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**

**6.1 Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII;  
hier: "Riehl Kids e.V."  
4576/2011**

**Beschluss:**

Der Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie – beschließt, den Verein „Riehl Kids e.V.“, Garthestr. 20-24, 50735 Köln als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 Absatz 2 SGB VIII anzuerkennen.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

*Anmerkung: Die Sportjugend Köln ist weder bei der Beratung noch bei der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt anwesend.*

**6.2 Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII;  
hier: "ComputerProjekt Köln - Verein für Medien, Bildung und Kultur e.V."  
4502/2011**

**Beschluss:**

Der Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie – beschließt, den Verein „ComputerProjekt Köln – Verein für Medien, Bildung und Kultur e.V.“, Marzellenstr. 43a, 50668 Köln als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 Absatz 2 SGB VIII anzuerkennen.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

*Anmerkung: Die Sportjugend Köln ist weder bei der Beratung noch bei der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt anwesend.*

**6.3 Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 SGB VIII und Trägerwechsel zum 01.01.2012  
hier: "anyway e.V."  
4475/2011**

**Beschluss:**

Der Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie – beschließt, den Verein „anyway e.V.“, Kamekestr. 14, 50672 Köln, als Träger der freien Jugendhilfe nach § 75 Absatz 1 SGB VIII anzuerkennen.

Der Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie – nimmt darüber hinaus den Übergang der Trägerschaft der Jugendeinrichtung „anyway“ ab 01.01.2012 vom „Sozialwerk für Lesben und Schwule e.V.“, Kamekestr. 14, 50672 Köln, zum „anyway e.V.“, Kamekestr. 14, 50672 Köln zur Kenntnis.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

*Anmerkung: Die Sportjugend Köln ist weder bei der Beratung noch bei der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt anwesend.*

**6.4 Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe  
hier: "Pass op Trägerverein der Offenen Ganztagschule der Brüder-  
Grimm-Schule, Köln-Sürth e.V."  
4597/2011**

**Beschluss:**

Der Jugendhilfeausschuss – Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie – beschließt, den „Pass op Trägerverein der Offenen Ganztagschule der Brüder-Grimm-Schule, Köln-Sürth e.V.“, Sürther Hauptstr. 149, 50999 Köln als Träger der freien Jugendhilfe anzuerkennen.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

*Anmerkung: Die Sportjugend Köln ist weder bei der Beratung noch bei der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt anwesend.*

**7 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse**

**7.1 Verbesserung des Spielangebotes auf dem Spielplatz "Kämpchensweg"  
in Köln-Müngersdorf  
3944/2011**

**Beschluss:**

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt der Bezirksvertretung Lindenthal und dem Finanzausschuss, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Die Bezirksvertretung Lindenthal beauftragt die Verwaltung, unter dem Vorbehalt des Beschlusses des Jugendhilfeausschusses, die Umgestaltung des Spielplatzes „Kämpchensweg“ mit Gesamtkosten in Höhe von 208.750 Euro durchzuführen. Die zur Umsetzung erforderlichen Haushaltsmittel stehen im Teilfinanzplan 0604, Kinder- und Jugendarbeit, Teilplanzeile 8 (Auszahlung für Baumaßnahmen), Finanzstelle 5100-0604-0-2002, Spielplätze, bereit.
2. Der Finanzausschuss beschließt, unter dem Vorbehalt des Beschlusses des Jugendhilfeausschusses, die Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen von 180.000 Euro im Teilfinanzplan 0604, Kinder- und Jugendarbeit, Teilplanzeile 8 (Auszahlung für Baumaßnahmen), Finanzstelle 5100-0604-0-2002, Spielplätze.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

*Anmerkung: Die Sportjugend Köln ist weder bei der Beratung noch bei der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt anwesend.*

**7.2 Umgestaltung des Spiel- und Bolzplatzes Senkelsgraben in Köln-Wahnheide  
3971/2011**

**Beschluss:**

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt der Bezirksvertretung Porz und dem Finanzausschuss, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Die Bezirksvertretung Porz beauftragt die Verwaltung die Umgestaltung des Spielplatzes Senkelsgraben mit Gesamtkosten in Höhe von 270.000,00 Euro durchzuführen.
2. Der Finanzausschuss beschließt, unter Vorbehalt des Beschlusses der Bezirksvertretung 7 (Porz), die Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen von 242.000,00 Euro im Teilfinanzplan 0604, Kinder- und Jugendarbeit, Teilplanzeile 8 (Auszahlung für Baumaßnahmen), Finanzstelle 5100-0604-0-2002, Spielplätze. Die ergebniswirksamen Folgeaufwendungen und -erträge sind bzw. werden im Teilergebnisplan 0604, Kinder- und Jugendarbeit, entsprechend berücksichtigt.

**Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

*Anmerkung: Die Sportjugend Köln ist weder bei der Beratung noch bei der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt anwesend.*

**7.3 Verbesserung des Spielangebotes auf dem Spielplatz "Willi-Sieke-Straße" in Köln - Ossendorf  
4427/2011**

**Beschluss:**

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt der Bezirksvertretung Ehrenfeld, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Bezirksvertretung Ehrenfeld beauftragt die Verwaltung, die Umgestaltung des Spielplatzes „Willi-Sieke-Straße“ in Höhe von 91.000 Euro durchzuführen.

Die zur Umsetzung erforderlichen Haushaltsmittel stehen im Teilfinanzplan 0604, Kinder- und Jugendarbeit, Teilplanzeile 8 (Auszahlung für Baumaßnahmen), Finanzstelle 5100-0604-0-2002, Spielplätze, bereit.

### **Abstimmungsergebnis:**

Einstimmig zugestimmt.

*Anmerkung: Die Sportjugend Köln ist weder bei der Beratung noch bei der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt anwesend.*

## **8 Ausschussempfehlungen an den Rat**

### **8.1 Eröffnung einer Kindertageseinrichtung, hier: Betriebskostenförderung aus kommunalen Mitteln 4238/2011**

Frau Laufenberg bittet um Erläuterung, wie es dazu kommen konnte, dass die Einrichtung ursprünglich nicht geplant gewesen sei und nun bereits im Frühjahr 2012 eröffnet werden solle.

Frau Beigeordnete Dr. Klein führt aus, dass die Kita früher als geplant fertiggestellt werden konnte. Dies sei grundsätzlich sehr positiv. Es stelle sich jedoch nun das Problem dar, dass die Landesförderung für das laufende Kindergartenjahr nicht mehr beantragt werden könne. Sie bittet trotz dessen um Zustimmung zu der Vorlage, da die Kindergartenplätze dringend benötigt werden.

Frau Laufenberg fragt nach, ob die Landesförderung nicht im März 2011 vorsorglich hätte beantragt werden können.

Herr Pfeuffer teilt für die Verwaltung mit, dass die Beantragung theoretisch im März 2011 hätte erfolgen können. Allerdings dürfe die Verwaltung lediglich das beantragen, was sie zum Jahresanfang als realistisch ansehe, da sie ansonsten die Fördergelder zurückzahlen müsse. Im März 2011 sei jedenfalls noch nicht abzusehen gewesen, dass die Kita zum Jahresanfang 2012 fertiggestellt sein werde. Es stelle eine große Schwierigkeit dar, aus Jugendhilfeplanungssicht nicht zu viel, aber auch nicht zu wenig zu beantragen.

### **Beschluss:**

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat beschließt, die Kindertageseinrichtung St.-Sebastianus-Str., 51147 Köln (Porz-Wahn) ab der geplanten Eröffnung im Frühjahr 2012 mit Zuschüssen in Höhe von 91 % der Summe aus den Kindpauschalen und Miete nach §§ 19, 20 KiBiz zu fördern. Darüber hinaus erhält der Träger „Köln Kitas gGmbH“ die ungedeckten Restkosten im Rahmen des bestehenden Vertrags.

### **Abstimmungsergebnis:**

Bei Enthaltung der FDP-Fraktion einstimmig zugestimmt.

*Anmerkung: Die Sportjugend Köln ist weder bei der Beratung noch bei der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt anwesend.*

## **8.2 Rahmenkonzept Lebenswerte Veedel - Bürger- und Sozialraumorientierung in Köln - Verlängerung der befristeten Umsetzung 3103/2011**

### **zu 8.2 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE vom 01.12.2011 zu TOP 8.2 - 3103/2011 (AN/2173/2011)**

Die Fraktion Die Linke. zieht den Änderungsantrag unter der Prämisse, dass das Anliegen in den Nachverhandlungen berücksichtigt wird, zurück.

Vor Sitzungsbeginn wurden folgende Unterlagen als Tischvorlage verteilt:

- Änderungsantrag der Fraktion Die Linke. vom 01.12.2011,
- Auszug aus der Niederschrift der Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren vom 01.12.2011,
- Auszug aus dem Beschlussprotokoll der Sitzung der Bezirksvertretung Kalk vom 08.12.2011,
- Auszug aus dem Beschlussprotokoll der Sitzung der Bezirksvertretung Mülheim vom 12.12.2011.

Sie liegen der Niederschrift nochmals als Anlagen 14 – 17 bei.

Herr Dr. Heinen führt für die SPD-Fraktion aus, dass diese sich ganz klar für die Verlängerung des Konzeptes ausspreche. Er habe mitbekommen, dass die LIGA ebenfalls über die Vorlage entscheiden möchte. Dem hingegen möchte die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Vorlage ohne Votum in die nachfolgenden Gremien verweisen. Er bittet zu bedenken, dass diese Vorlage – aufgrund ihrer Wichtigkeit - nicht geschoßen werden dürfe und spätestens am 20.12.2011 vom Rat beschlossen werden müsse.

Frau Jahn erläutert, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen noch Ergänzungsvorschläge habe, bezüglich derer sie Nachverhandlungen führen möchte. Aufgrund dessen beantragt sie, diese ohne Votum in die nachfolgenden Gremien zu verweisen.

Frau Stahlhofen macht darauf aufmerksam, dass die Vorlage bisher von allen Fachausschüssen ohne Votum in die nachfolgenden Gremien verwiesen worden sei. Sie halte es für wichtig, dass zumindest ein Votum aus der Fachverwaltung vorliege.

Frau Beigeordnete Dr. Klein weist darauf hin, dass es sich um eine wichtige und dringliche Vorlage handele. Sofern der Rat in der Dezember-Sitzung kein positives Votum hierzu abgibt, werden einige Träger ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die befristete Arbeitsverträge haben, keine weitere Anstellung ermöglichen können. Das Projekt sei so genau untersucht und begutachtet worden, dass die Sache entscheidungsreif sei.

Herr Bergmann ist irritiert über die Diskussion. Es gebe seit 2005 eine Lenkungsgruppe, die den Werdegang des Rahmenkonzeptes begleite. Darüber hinaus habe es zwei Fachveranstaltungen sowie eine gemeinsame Sondersitzung mit dem Ausschuss Soziales und Senioren zu diesem Thema gegeben. Somit dürfte es keine sachlichen

Fragen bzw. keinen Klärungsbedarf mehr in der Sache geben. Er plädiert dafür, dass ein Votum des Jugendhilfeausschusses abgegeben werde.

Herr Dr. Heinen fügt an, dass das Problem darin liege, wie mit den Änderungs- bzw. Ergänzungswünschen der Fraktionen umgegangen werde.

Frau Volland-Dörmann bittet darum, die Vorlage als Fachausschuss zu beschließen und diese nicht ohne Votum in den Rat zu verweisen. Sollte es Klärungsbedarf geben, müsse dieser entweder im Beirat oder in den zuständigen Fachausschüssen diskutiert werden.

Herr Dr. Schlieben merkt an, dass es eine große Mehrheit gebe, die ein positives Votum abgeben möchte. Er schlägt vor, einen Beschluss zu fassen unter Enthaltung derer, die – wie die CDU-Fraktion - derzeit noch unentschieden seien.

Aufgrund der Diskussion zu diesem Tagesordnungspunkt lässt der Ausschussvorsitzende zunächst darüber abstimmen, ob die Beschlussvorlage mit Votum des Jugendhilfeausschusses beschlossen werden soll.

### **Abstimmungsergebnis:**

Bei Enthaltung der CDU-Fraktion, der SPD-Fraktion sowie der Fraktion Die Linke. und gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mehrheitlich zugestimmt.

Im Anschluss daran lässt der Ausschussvorsitzende über den Beschlussvorschlag abstimmen.

### **Beschluss:**

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der Rat nimmt den Evaluationsbericht und die Empfehlungen des Instituts für Stadtteilbezogene Arbeit und Beratung der Universität Duisburg-Essen (ISSAB) zum Rahmenkonzept „Lebenswerte Veedel – Bürger- und Sozialraumorientierung in Köln“ zur Kenntnis.
2. Der Rat beschließt, die bis zum 29.02.2012 befristete Umsetzung des Rahmenkonzepts bis zum 31.12.2013 zu verlängern.

Die dafür erforderlichen Mittel werden entsprechend des vorliegenden Kostenplans (Anlage 1) für die Haushaltsjahre 2012 und 2013 in den Teilplänen 0606, Hilfe für junge Menschen und ihre Familien, Teilplanzeile 11, Personalaufwendungen, und Teilplanzeile 15, Transferaufwendungen und 0502, Kommunale Leistungen nach dem SGB II, Teilplanzeile 11, Personalaufwendungen, eingestellt. Hierfür kann ein Teil des bisherigen kommunalen Zuschusses für die Schulsozialarbeit herangezogen werden, da die Finanzierung dieses Zuschusses für diesen Zeitraum wiederum durch entsprechende Mehrerträge aus den Leistungen des Bildungspakets für Schulsozialarbeit sichergestellt werden kann.

3. Der Rat beschließt, die Träger der Koordinationsstellen weiterhin mit der sozialraumorientierten Arbeit entsprechend der zukünftigen Schwerpunktsetzung zu beauftragen.

*Anmerkung: Anlage 1 liegt der Niederschrift nicht nochmals bei.*

### **Abstimmungsergebnis:**

Bei Enthaltung der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen einstimmig zugestimmt.

*Anmerkung: Die Sportjugend Köln ist weder bei der Beratung noch bei der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt anwesend.*

### **8.3 Projekt Joblinge gAG Köln 3105/2011**

#### **Beschluss:**

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der Rat beschließt das Projekt „Joblinge gAG Köln“ befristet bis zum 31.12.2013 durch die Bereitstellung einer kommunalen Teilfinanzierung zu unterstützen.
2. Der Rat beschließt hierzu, die in 2012 und 2013 erforderlich werdenden Zuwendungen in Höhe von jährlich 66.700 Euro für die Haushaltsjahre 2012 und 2013 im Teilplan 0604, Teilplanzeile 15 durch eine entsprechende Umschichtung bei den Zuschüssen für die Kinder- und Jugendarbeit sicherzustellen. Hierfür kann ein Teil des Zuschusses für die Schulsozialarbeit herangezogen werden, da die Finanzierung dieses Zuschusses für diesen Zeitraum wiederum durch entsprechende Mehrerträge aus den Leistungen des Bildungspakets für Schulsozialarbeit sichergestellt werden kann.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Bei Enthaltung der Fraktion Die Linke, der AWO Köln, des Caritasverbandes Köln, des SkF und des Paritätischen einstimmig zugestimmt.

*Anmerkung: Die Sportjugend Köln ist weder bei der Beratung noch bei der Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt anwesend.*

### **9 Anfragen**

- 9.1 Herr Dr. Heinen merkt an, dass die Landesregierung den Ausbildungskonsens getroffen habe; eine Maßnahme im Bereich Übergang Schule – Beruf. Er bittet um Auskunft, wie die Stadtverwaltung diesen in ihr bestehendes Übergangmanagement eingliedere.

Die Verwaltung sagt die schriftliche Beantwortung der Frage zu.

- 9.2 Frau Stahlhofen gibt eine persönliche Erklärung zum Tag der Jugend im Rathaus ab. Grundsätzlich habe die Veranstaltung ihr sehr gut gefallen. Es habe eine Verabredung gegeben, dass lediglich vier Ratsmitglieder vorne im Saal Platz nehmen um die Fragen der Jugendlichen zu beantworten. Die übrigen Ratsmitglieder sollten im Zuschauerraum Platz nehmen. Hieran haben sich alle Fraktionen außer pro Köln gehalten. Sie bittet darum, zukünftig auch pro Köln die Spielregeln zu erklären und mitzuteilen.

- 9.3 Frau Stahlhofen bittet – ebenfalls zum Tag der Jugend – um Mitteilung, wie die Verwaltung mit den Anträgen der Jugendlichen umgehe.

Frau John teilt für die Verwaltung mit, dass es ihr sehr wichtig sei, dass die Jugendlichen mit ihren Anträgen Erfolg haben. Die Verwaltung plane, die Ideen aufzugreifen, mit Jugendeinrichtungen zu besprechen und die praktische Umsetzung zu fördern. In jedem Fall werden die Schulklassen über den Ausgang ihres Antrages informiert.

- 9.4 Frau Stahlhofen gibt an, dass der Jugendhilfeausschuss im Oktober eine Liste beschlossen habe über zu planende und umzusetzende Jugendeinrichtungen in Köln. Sie bittet um Auskunft, wie es mit der Umsetzung des Beschlusses weitergehe.

Frau John teilt mit, dass die Verwaltung an der Umsetzung des Beschlusses arbeite. In der nächsten Jugendhilfeausschusssitzung am 07.02.2012 werde hierzu eine detaillierte Beantwortung vorgelegt.

- 9.5 Herr Kienitz merkt an, dass zum Thema „Ferienbetreuung bei Gleichbehandlung von Kindern mit und ohne Behinderungen“ im Jahr 2010 ein Beschluss gefasst worden sei. Er bittet um Auskunft, wie die Entwicklung bezüglich der Anzahl der Plätze zwischen dem Sommer 2010 und dem Sommer 2011 sei. Darüber hinaus möchte er wissen, wann das diesbezügliche Konzept im Ausschuss vorgelegt werde. Dies sei wichtig, um im Hinblick auf die Ferien 2012 evtl. Nachsteuerungsmaßnahmen ergreifen zu können.

Die Verwaltung werde die Fragen schriftlich beantworten.

- 9.6 Frau Jahn bittet in Bezug auf das Jugendzentrum Sülz-Klettenberg um Mitteilung des aktuellen Sachstandes. Darüber hinaus fragt sie nach, wann mit der Errichtung des Neubaus begonnen werde.

Die Verwaltung sagt die schriftliche Beantwortung der Fragen zu.

- 9.7 Frau Jahn bittet um Beantwortung der folgenden Fragen zum Mädchenhaus:

- Ist der Verwaltung bekannt, dass das Mädchenhaus für das laufende Geschäftsjahr 2011 eine Deckungslücke hat? Falls ja, in welcher Höhe ist diese Deckungslücke?
- Wenn es eine Deckungslücke gibt, welche Möglichkeiten sieht die Verwaltung, diese Lücke aus dem Haushalt des Produktbereichs 06 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe zu schließen?
- Welche Maßnahmen hat die Verwaltung bereits unternommen, um die eventuell bestehende Finanzierungslücke zu schließen?

Die Verwaltung werde diese Fragen schriftlich beantworten.

gez.: Dr. Ralf Heinen (Vorsitzender)

gez.: Anna Fischbach (Schriftführerin)